

Das Subsidiaritätsprinzip:

Erwin Teufel

Europa vom Kopf auf die Füße stellen

(...) Die EU muss für die notwendigen Rechtsregeln auf der europäischen Ebene die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten gewinnen. Sie muss aber auch und in erster Linie die Bürger der Europäischen Union, die gegen weitere Aufgabenverlagerungen nach Europa sind, gewinnen. Wie kann das gelingen? Nur durch eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Es darf keine Einbahnstraße für Aufgabenverlagerungen von den Mitgliedstaaten zur EU geben. Es muss Gegenverkehr geben.



© nasared - Fotolia.com

Das Subsidiaritätsprinzip ist die Lösung für fast alle Probleme der Europäischen Union. Es denkt Europa vom Bürger her und will Europa von unten nach oben bauen und nicht den Menschen über den Kopf stülpen. Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Zuständigkeitsprinzip. Es will den Vorrang der je kleineren Einheit. Öffentliche Aufgaben sollen so nah wie möglich an den Menschen und so an den Problemen erledigt werden. Den Bürgern muss Übersicht, Mitsprache, Mitbeteiligung und Einbringen des Sachverstandes und der Erfahrung aller ermöglicht werden.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die erste und wichtigste Entscheidungsebene die Gemeinde, die Stadt. Die Gemeinde hat ein Selbstverwaltungsrecht. Die Gemeinde ist allzuständig. Die Gemeinde ermöglicht Offenheit, Übersicht, Bürgernähe, Problemnähe, Beteiligung. Nur wenn eine Aufgabe über die Kraft der Gemeinde geht, ist die nächste Ebene zuständig.


Die nächste Ebene ist der Kreis. Der Kreis ist ebenfalls eine Selbstverwaltungsebene. Er darf Aufgaben nur übernehmen, wenn sie über die Kraft der Gemeinde geht, also beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr, Kliniken, Berufsschulen, Abfallwirtschaft.

Nur was über die Kräfte eines Landkreises oder Stadtkreises geht, ist Aufgabe des Landes, in europäischer Sprache der Region. Zentrale Landesaufgabe ist die Bildungspolitik, von den Schulen bis zu den Hochschulen. (...) Eine weitere wichtige Aufgabe der Länder ist die innere Sicherheit, eine leistungsfähige Polizei, eine gute und unabhängige Gerichtsbarkeit, eine Strukturpolitik für leistungsschwächere Landesteile, Förderung der Existenzgründungen und des Mittelstandes, des Handwerks und der Landwirtschaft. (...) Die Länder müssen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und eine menschliche Gemeinschaft ermöglichen.

Der Bund darf den Ländern keine Aufgaben entziehen, die sie selbst leisten können. Er kann und soll sie unterstützen, darf sie aber nicht über den „goldenen Zügel“ von Finanzausweisungen gängeln. Für den Bund bleiben genügend Aufgaben. Der Nationalstaat hat Zukunft und geht nicht auf in einer Europäischen Union. Er ist für alles zuständig, was über die Kraft der Länder hinausgeht. Er braucht nichts an Europa abgeben, was er in eigener Kraft bewältigt. Vielfalt ist Europas Stärke und nicht Schwäche. Nur was über die Kraft des Nationalstaates hinausgeht, ist europäische Aufgabe. Wenn man einen gemeinsamen Markt hat, sind Fragen des Wettbewerbs europäische Aufgaben. Wenn man eine gemeinsame Währung hat, sind Fragen der Währungspolitik europäische Aufgaben. Wenn die Welt immer stärker zu einer Welt wird und die Bürger Europas einen immer kleineren Anteil an der Weltbevölkerung ausmachen, sind gemeinsame Regeln für den Weltmarkt und den Weltfrieden europäische Aufgaben. Grenzüberschreitender Umweltschutz und Großforschungsprojekte, die über die Kraft eines Landes hinausgehen, sind europäische Aufgaben. Von allen anderen Aufgaben soll Europa die Finger lassen, weil sie auf der Ebene der Kommunen oder Länder oder Nationalstaaten besser, billiger, bürgernäher, problemnäher, effizienter erledigt werden können. Europa ist nicht dann stark, wenn es sich um tausend Aufgaben kümmert und um tausenderlei Aufgaben, sondern wenn es sich um die richtigen Aufgaben kümmert. Was die richtigen Aufgaben sind, kann man nach dem Subsidiaritätsprinzip ganz genau definieren. Die Aufgabenerledigung muss auf die richtige Ebene. Es müssen im Interesse der Europäer und im Interesse einer stabilen Währung weitere Aufgaben nach Europa. Auf der anderen Seite können Hunderte Aufgaben, die Europa in den vergangenen 50 Jahren zugewachsen sind und über deren Vereinheitlichung die Bürger den Kopf schütteln, heruntergegeben werden. Nicht nur auf die Ebene des Nationalstaates, sondern auch auf die Länderebene und die kommunale Ebene. Von einem solchen Projekt, das allen nutzt, können und müssen die Politiker die Bürger überzeugen. Dann wird es mitgetragen, und Europa kommt wichtige und notwendige Schritte weiter.

Formel für ein bürgernahes Europa:

Subsidiarität



Darf die Europäische Union überhaupt tätig werden?	In welchem Umfang darf sie tätig werden?	Wer kontrolliert die Einhaltung der Regeln?
<ul style="list-style-type: none"> Die EU darf nur innerhalb der Zuständigkeiten tätig werden, die ihr von den Mitgliedstaaten in den Verträgen ausdrücklich übertragen wurden. <p>nach Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union</p>	<ul style="list-style-type: none"> Wo die EU nicht allein zuständig ist, darf sie nur tätig werden, wenn ein Ziel auf europäischer Ebene besser erreicht werden kann als in den einzelnen Mitgliedstaaten (Subsidiaritätsprinzip). Ihre Maßnahmen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen. 	<ul style="list-style-type: none"> Die nationalen Parlamente überprüfen jeden Entwurf der EU-Gesetzgebung auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und geben ihre Stellungnahme dazu ab. Wird gegen das Prinzip verstoßen, können die Mitgliedstaaten, auch im Auftrag ihrer Parlamente, beim Europäischen Gerichtshof Klage dagegen erheben.

© Bergmoser + Höller Verlag AG ZAHLENBILDER 714 025

(...) Europa darf nicht in Routine erstarren, und Europa darf nicht immer mehr Europäer verärgern, weil es sich mit Quisquilien beschäftigt und sich mit Detailregelungen der Vereinheitlichung lächerlich macht. Wir brauchen eine neue Dynamik für die wirklich wichtigen Aufgaben Europas, und wir brauchen die Überzeugung der europäischen Bürger. Wichtige Erfolge der Europäischen Union in den vergangenen Jahren sind nicht ein für immer gesicherter Besitz, sondern sie müssen in jeder Generation neu erworben werden. Europa muss im Interesse seiner Bürger ein leistungsfähiger Partner in einer Welt bleiben, die immer mehr zusammenwächst und voneinander abhängig ist. Das ermöglicht die Wiederentdeckung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. So viel Einheit wie nötig und so viel Vielfalt und Eigenart der Kulturen wie nur möglich.

Der Autor

Erwin Teufel, der langjährige CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, kennt alle politischen Ebenen. Einst war der Verwaltungsfachmann jüngster Bürgermeister des Landes, achtmal wurde er in den Landtag gewählt. Über den Bundesrat hat er die Bundespolitik und bisweilen europäische Entscheidungen beeinflusst. Auch wenn der Bauernsohn aus Rottweil demnächst 75 Jahre alt wird und die aktive Zeit als Politiker neun Jahre zurückliegt, treibt ihn die Zukunft Deutschlands an und um.

FAZ online: Aktualisiert 30. März 2014 11:42 Uhr

1. Erklären Sie den Begriff Subsidiarität. (Buch S. 382)

2. Verdeutlichen Sie die Notwendigkeit des Subsidiaritätsprinzips zur Lösung der Probleme der EU (Buch, S. 382ff.).

3. Kennzeichnen Sie die Aufgaben, die Erwin Teufel den jeweiligen Ebenen zuordnet. Erstellen Sie hierzu eine Tabelle.

Gemeinde/Kommune	Regionen/Bundesländer	Nationalstaat	EU

4. Diskutieren Sie in Ihrer Klasse, welche Bedingungen an weitere Kompetenzverlagerungen auf die EU-Ebene geknüpft werden sollten.

5. Das Prinzip der Subsidiarität gibt es nicht nur in der EU. Wo begegnet es Ihnen noch?

Lösungsvorschläge:

1. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Zuständigkeitsprinzip. Es will den Vorrang der jeweils kleineren Einheit: Lokale vor regionalen, nationalen und europäischen Lösungen.

2. Europa muss sich um die zentralen Aufgaben kümmern, darf sich nicht verzetteln. Die Aufgabenerledigung muss auf die richtige Ebene. Viele Aufgaben, die Europa in den vergangenen 50 Jahren zugewachsen sind und über deren Vereinheitlichung die Bürger den Kopf schütteln, müssten heruntergegeben werden. Nicht nur auf die Ebene des Nationalstaates, sondern auch auf die Länderebene und die kommunale Ebene.

3.

Gemeinde/Kommune	Regionen/Bundesländer	Nationalstaat	EU
Öffentlicher Nahverkehr, Kliniken, Berufsschulen, Abfallwirtschaft	Bildungspolitik, Innere Sicherheit/Polizei, Strukturpolitik	Finanzpolitik, Soziale Sicherung, Verteidigungspolitik	Währungspolitik, Umweltpolitik, Wettbewerb, Friedenssicherung

4. Eine Bedingung könnte sein, dass es jeweils zu Kompetenztransfers kommen muss. Werden Kompetenzen auf der einen Seite an die EU verlagert, müssen andere wieder zurück in die Verantwortung der Nationalstaaten bzw. deren Regionen und Kommunen. Weitere Bedingungen könnten vertraglich geregelt werden. Zum Beispiel inwieweit die EU in den Staatshaushalt eines Mitgliedstaates eingreifen darf. Kann eine Gesamtausgabengrenze vorgegeben werden oder können Einzelposten beeinflusst werden?

5. Zum Beispiel im Sozialsystem: Wenn ältere Menschen pflegebedürftig werden, müssen sie sich zunächst mit ihren eigenen finanziellen Mitteln helfen, sollten diese nicht ausreichen, wird die Familie herangezogen (Söhne, Töchter) und erst wenn dies nicht ausreicht kommt die Gesellschaft in Form von staatlichen Sozialleistungen für die entstehenden Kosten auf.